

07. 05. 93

Fz – In

16 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über Erleichterungen der Grenzabfertigung**

A. Zielsetzung

Das Abkommen vom 29. Juli 1992 soll den Übergang über die deutsch-polnische Grenze, die gleichzeitig EWG-Außengrenze ist, erleichtern und beschleunigen und damit die nachbarlichen Beziehungen weiter verstärken.

B. Lösung

Das Abkommen vom 29. Juli 1992 enthält die hierfür notwendigen Regelungen. Insbesondere ermöglicht es, daß die Grenzabfertigung der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommen werden kann – eine wesentliche Voraussetzung für die Errichtung zusammenliegender Grenzdienststellen auf dem Territorium einer der beiden Vertragsparteien.

Das neue Abkommen ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 18. 06. 93

D. Kosten

Durch die Ausführung des Gesetzes selbst entstehen keine Kosten. Soweit aufgrund des Abkommens mit der Republik Polen Vereinbarungen über den Aus- oder Neubau von Gemeinschaftszollanlagen an der deutsch-polnischen Grenze abgeschlossen werden, sind die dafür entstehenden Kosten z. Zt. noch nicht abzuschätzen; sie werden sich jedoch in zweistelliger Millionenhöhe bewegen.

07. 05. 93

Fz – In

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über Erleichterungen der Grenzabfertigung**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (43) – 521 05 – Gr 14/93

Bonn, den 7. Mai 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen im Grenzverkehr

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Kohl

Fristablauf: 18. 06. 93

309/93

Entwurf**Gesetz****zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über Erleichterungen der Grenzabfertigung****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 29. Juli 1992 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesministerien des Innern und der Finanzen werden jeweils für ihren Geschäftsbereich ermächtigt, ohne Zustimmung des Bundesrates die Rechtsverordnungen zu erlassen, die zur Durchführung der Vereinbarungen nach Artikel 2 Abs. 3 des Abkommens über

- a) die Errichtung zusammenliegender und vorgeschobener Grenzdienststellen einschließlich ihres Amtsbereichs,
- b) die Strecken, auf denen die Bediensteten beider Vertragsparteien in den Verkehrsmitteln während der Fahrt die Grenzabfertigung vornehmen, erforderlich sind.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 26 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil die in Artikel 14 des Abkommens vorgesehene Befreiung von Ein- und Ausfuhrabgaben auch Steuern einschließt, deren Aufkommen ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Vereinbarungen nach Artikel 2 Abs. 3 des Abkommens sollen, soweit erforderlich, durch Erlaß von Rechtsverordnungen innerstaatlich durchgeführt werden. Aus sachlichen Gründen ist geboten, die Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen. Es wird sich entsprechend den Bedürfnissen des grenzüberschreitenden Verkehrs häufig die Notwendigkeit ergeben, die Vereinbarungen kurzfristig zu ändern (z. B. bei Fahrplanänderungen oder Baumaßnahmen innerhalb der Grenzabfertigungsanlagen). Die Umsetzung der Vereinbarungen im innerstaatlichen Bereich wäre in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit kaum möglich, wenn die Zustimmung des Bundesrates erforderlich wäre.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 26 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch die Ausführung des Gesetzes selbst werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Soweit durch die Vereinbarungen, die aufgrund des Abkommens abgeschlossen werden, Kosten entstehen, ist darüber im Zusammenhang mit den Vereinbarungen zu gegebener Zeit zu befinden. So sind alle an der deutsch-polnischen Grenze bereits bestehenden Gemeinschaftszollanlagen dem sprunghaft angestiegenen Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen und müssen erneuert oder neu errichtet werden. Die Höhe der Kosten für den Aus- oder Neubau von Gemeinschaftszollanlagen einschließlich der zugehörigen Infrastrukturen (Straßen- und Autobahnanbindungen, Brücken, Abfertigungsgebäude) läßt sich derzeit nicht beziffern. Es wird angestrebt, mit der Republik Polen eine Vereinbarung zu treffen, wonach jeder Staat die Gemeinschaftszollanlagen auf seinem Gebiet finanziert und der Nachbarstaat für deren Mitbenutzung Miete zahlt.

Etwaige Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind erst dann abzuschätzen.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über Erleichterungen der Grenzabfertigung**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o ułatwieniach w odprawie granicznej**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

geleitet von dem Wunsch, die nachbarlichen Beziehungen weiter zu verstärken,

in dem Bestreben, die Zusammenarbeit bei der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen den beiden Staaten zu verbessern,

in Anbetracht des Vertrags vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze und des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens bezeichnen die nachstehenden Begriffe

- a) „Grenzabfertigung“ die Durchführung aller Vorschriften der Vertragsparteien, die aus Anlaß des Grenzübertritts von Personen und der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, einschließlich der Transportmittel, oder von Werten, die den Devisenbestimmungen unterliegen, anzuwenden sind;
- b) „Gebietsstaat“ den Staat, auf dessen Hoheitsgebiet die andere Vertragspartei vorgeschobene Grenzdienststellen errichtet oder sonst die Grenzabfertigung von ihren Bediensteten vornehmen läßt;
- c) „Nachbarstaat“ die andere Vertragspartei;
- d) „Bedienstete“ die Personen, die zu den für die Grenzabfertigung zuständigen Behörden gehören und ihren Dienst bei den vorgeschobenen Grenzdienststellen oder in Verkehrsmitteln während der Fahrt ausüben, sowie die mit der Dienstaufsicht beauftragten Personen.
- e) „Zone“ den Bereich des Gebietsstaats, in dem die Bediensteten des Nachbarstaats berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen.

(2) Die Zonen, in denen die Bediensteten des Nachbarstaats ihre Tätigkeit im Gebietsstaat ausüben dürfen, werden durch entsprechende Vereinbarungen der beiderseits zuständigen Behörden festgelegt.

– kierując się pragnieniem dalszego umacniania sąsiedzkich stosunków,

– dążąc do usprawienia współpracy w dziedzinie ułatwiania odprawy granicznej w ruchu kolejowym, drogowym i żegludze między obydwoma Państwami,

– uwzględniając postanowienia Traktatu z dnia 14 listopada 1990 roku między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy i Traktatu z dnia 17 czerwca 1991 roku między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaźnej współpracy,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

1. W rozumieniu niniejszej Umowy następujące określenia oznaczają:

- a/ „Odprawa graniczna” – wykonywanie wszystkich przepisów Umawiających się Stron, które mają zastosowanie przy przekraczaniu granicy przez osoby oraz w przywozie, wywozie i przewozie towarów łącznie ze środkami transportu lub wartości podlegających przepisom dewizowym,
- b/ „Państwo zwierzchnie” – państwo, na którego terytorium druga Umawiająca się Strona tworzy wysunięte służbowe placówki graniczne lub poleca swoim funkcjonariuszom dokonywanie odprawy granicznej,
- c/ „Państwo sąsiednie” – druga Umawiająca się Strona,
- d/ „Funkcjonariusze” – osoby, które należą do właściwych dla dokonywania odpraw granicznych urzędów i wykonują czynności służbowe w wysuniętych służbowych placówkach granicznych lub środkach komunikacji podczas jazdy, a także te osoby, które są upoważnione do wykonywania nadzoru służbowego,
- e/ „Strefa” obszar Państwa zwierzchniego, w którym funkcjonariusze Państwa sąsiedniego są uprawnieni do dokonywania odprawy granicznej.

2. Strefy, w których funkcjonariusze Państwa sąsiedniego mogą wykonywać swoje czynności na terytorium Państwa zwierzchniego ustala się w drodze odpowiednich porozumień między właściwymi organami obydwu Stron.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen den beiden Staaten sowie im Durchgangsverkehr zu erleichtern und zu beschleunigen.

(2) Die Vertragsparteien gestatten, daß Grenzdienststellen der einen Vertragspartei oder Bedienstete dieser Stellen nach Maßgabe des Absatzes 3 die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vornehmen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmen durch entsprechende Vereinbarungen, in welchen Fällen und in welchem Umfang die Grenzabfertigung der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommen wird. Sie können die Grenzabfertigung während der Fahrt im Zug und auf Schiffen auf bestimmten Strecken sowie die Errichtung vorgeschobener Grenzdienststellen der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vereinbaren.

(4) Die Vertragsparteien behalten sich vor, bei besonderen Lagen kurzfristig und vorübergehend die Kontrolle vom Gebietsstaat auf das eigene Hoheitsgebiet zurückzuverlagern. Der Gebietsstaat sollte über eine solche Verlagerung vorher benachrichtigt werden.

Artikel 3

(1) Auf die Grenzabfertigung durch Bedienstete des Nachbarstaats im Gebietsstaat finden die Vorschriften des Nachbarstaats nach Maßgabe dieses Abkommens Anwendung. Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaats.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen, soweit dieses Abkommen nicht etwas anderes bestimmt, alle Vorschriften ihres Staates über die Grenzabfertigung, einschließlich der Regelungen über entsprechende Befugnisse, im Gebietsstaat in gleicher Weise, in gleichem Umfang und mit gleichen Folgen wie im eigenen Staat anwenden.

(3) Die innerhalb der gemäß Artikel 1 Absatz 2 bestimmten Zone von den Bediensteten des Nachbarstaats durchgeführten Amtshandlungen gelten als in der Gemeinde des Nachbarstaats durchgeführt, in deren Hoheitsgebiet sich der Grenzübergang befindet.

(4) Wird in der Zone gegen die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a genannten Vorschriften des Nachbarstaats verstoßen, so gelten diese Zuwiderhandlungen als in der im Absatz 3 genannten Gemeinde begangen.

Artikel 4

(1) Die Grenzabfertigung des Ausgangsstaats ist vor der Grenzabfertigung des Eingangsstaats durchzuführen, sofern nicht Absatz 4 Anwendung findet.

(2) Nach Beginn der Grenzabfertigung des Ausgangsstaats dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats mit der Grenzabfertigung der von den Bediensteten des Ausgangsstaats bereits abgefertigten Personen und Waren, einschließlich der Transportmittel, und der Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, beginnen; dies gilt auch, wenn der Ausgangsstaat auf die Grenzabfertigung verzichtet hat. Der Ausgangsstaat kann in Ausnahmefällen seine Zustimmung zum Beginn der Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Eingangsstaats verweigern, bis die Ausgangsabfertigung beendet ist.

(3) Nach Beginn der Grenzabfertigung des Eingangsstaats unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 dürfen die Bediensteten des Ausgangsstaats die Grenzabfertigungshandlungen nicht mehr nachholen oder wiederaufnehmen, es sei denn, daß die beteiligte Person es verlangt und die Bediensteten des Eingangsstaats damit einverstanden sind.

(4) Die Bediensteten der Vertragsparteien dürfen im gegenseitigen Einvernehmen von der in Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge abweichen, wenn es im Interesse einer Beschleunigung der

Artykuł 2

1. Umwiające się Strony podejmują wszelkie niezbędne środki w celu ułatwienia i przyspieszenia odprawy granicznej w ruchu kolejowym, drogowym i żegludze między obydwojoma Państwami, jak również w tranzycie.

2. Umawiające się Strony zezwalają, aby służbowe placówki graniczne jednej Umawiającej się Strony lub funkcjonariusze tych placówek zgodnie z ustępem 3 dokonywali odprawy granicznej na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

3. Właściwe organy Umawiających się Stron określają w drodze odpowiednich porozumień, w jakich przypadkach i w jakim zakresie będzie dokonywana odprawa graniczna jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony. Mogą uzgodnić dokonywanie odpraw granicznych podczas ruchu pociągów na określonych odcinkach, jak również utworzenie wysuniętych służbowych placówek granicznych jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

4. Umawiające się Strony zastrzegają sobie w szczególnych okolicznościach, na krótki okres i przejściowo przesunięcie kontroli z powrotem z Państwa zwierzchniego na własne terytorium. Państwo zwierzchnie powinno być wcześniej powiadomione o takim przesunięciu.

Artykuł 3

1. Do odprawy granicznej dokonywanej przez funkcjonariuszy Państwa sąsiedniego w Państwie zwierzchnim stosuje się przepisy Państwa sąsiedniego, zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy. Poza tym obowiązuje prawo Państwa zwierzchniego.

2. Funkcjonariuszom Państwa sąsiedniego wolno, o ile niniejsza Umowa nie stanowi inaczej, stosować w Państwie zwierzchnim wszystkie przepisy swojego Państwa dotyczące odprawy granicznej łącznie z uregulowaniem odpowiednich uprawnień w taki sam sposób oraz w takim samym zakresie i z takimi samymi skutkami jak we własnym Państwie.

3. Dokonane przez funkcjonariuszy Państwa sąsiedniego czynności urzędowe w obrębie strefy, określonej w artykule 1 ustęp 2, uważa się za dokonane w gminie Państwa sąsiedniego, na terytorium którego znajduje się przejście graniczne.

4. W przypadku naruszenia w obrębie strefy przepisów Państwa sąsiedniego określonych w artykule 1 ustęp 1 litera "a", uważa się to naruszenie za dokonane w gminie określonej w ustępie 3.

Artykuł 4

1. Odprawę graniczną Państwa wyjazdu przeprowadza się przed odprawą graniczną Państwa przyjazdu, z zastrzeżeniem ustępu 4.

2. Po rozpoczęciu odprawy granicznej Państwa wyjazdu, wolno funkcjonariuszom Państwa przyjazdu zacząć odprawę graniczną osób, towarów łącznie ze środkami transportu oraz wartości podlegających przepisom dewizowym, odprawionych już przez funkcjonariuszy Państwa wyjazdu; obowiązuje to również, gdy Państwo wyjazdu zrezygnowało z odprawy granicznej. Państwo wyjazdu może w wyjątkowych przypadkach odmówić wydania zgody na rozpoczęcie odprawy granicznej przez funkcjonariuszy Państwa przyjazdu, dopóki odprawa graniczna Państwa wyjazdu nie została zakończona.

3. Po rozpoczęciu odprawy granicznej Państwa przyjazdu, przy zachowaniu warunków ustępu 2, funkcjonariuszom Państwa wyjazdu nie wolno powracać do dokonanych czynności odprawy granicznej ani podejmować ich na nowo, chyba że zainteresowana osoba domaga się tego a funkcjonariusze Państwa przyjazdu zgodzą się na to.

4. Funkcjonariuszom Umawiających się Stron wolno odstąpić za obopólną zgodą od kolejności przewidzianej w ustępie 1, jeżeli służy to przyspieszeniu odprawy granicznej. W tych wyjątkowych

Grenzabfertigung geboten ist. In diesen Ausnahmefällen dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats Festnahmen oder Beschlagnahmen von Waren erst nach Beendigung der Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaats vornehmen. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, diese Personen und Waren, einschließlich der Transportmittel, und die Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, den Bediensteten des Ausgangsstaats zu, wenn die Grenzabfertigung des Ausgangsstaats hinsichtlich dieser Personen und Waren noch nicht beendet ist. Wollen die Bediensteten des Ausgangsstaats ihrerseits Festnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen unbeschadet des Artikels 5 der Vorrang.

(5) Die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat bei der Grenzabfertigung eingenommenen oder dorthin amtlich mitgeführten Geldbeträge und die von ihnen beschlagnahmten oder eingezogenen Waren, einschließlich der Transportmittel, und die Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, dürfen in den Nachbarstaat verbracht werden.

Artikel 5

(1) Zu den in Artikel 3 Absatz 2 erwähnten Befugnissen gehört auch das Recht der Festnahme, Ingewahrsamnahme und Zurückweisung. Die Bediensteten des Nachbarstaats sind jedoch nicht befugt, Angehörige des Gebietsstaats auf dessen Hoheitsgebiet festzunehmen, in Gewahrsam zu nehmen, in Haft zu halten oder in den Nachbarstaat zu verbringen. Sie dürfen aber diese Personen der eigenen vorgeschobenen Grenzdienststelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der Grenzdienststelle des Gebietsstaats zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhalts zwangsweise vorführen.

(2) Bei Maßnahmen nach Absatz 1 ist unverzüglich ein Bediensteter des Gebietsstaats hinzuzuziehen.

(3) Das Asylrecht des Gebietsstaats bleibt unberührt.

Artikel 6

(1) Auf den für den Personen- und Warenverkehr bestimmten Wegen, die von der Grenze zu den in den Gebietsstaat vorgeschobenen Grenzdienststellen des Nachbarstaats führen, gelten die Vorschriften über die Grenzabfertigung beider Staaten mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen des Ausgangsstaats vor denen des Eingangsstaats anzuwenden sind.

(2) Die Einhaltung der Vorschriften beider Staaten ist durch die zuständigen Grenzdienststellen des Gebietsstaats zu überwachen. Im Falle einer Verletzung dieser Vorschriften sind, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 5, festgenommene Personen und sichergestellte Waren, einschließlich der Transportmittel, und sonstige Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, zunächst den Grenzdienststellen des Ausgangsstaats zur Durchführung der Grenzabfertigung zu übergeben.

Artikel 7

(1) Personen, denen der Grenzübertritt von den Bediensteten des Eingangsstaats nicht gestattet wird, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verwehrt werden; erforderlichenfalls sind sie von den Bediensteten des Ausgangsstaats zwangsweise zurückzubefördern.

(2) Die Regelung in Absatz 1 gilt entsprechend für Waren, einschließlich der Transportmittel, und Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen.

Artikel 8

(1) Die zuständigen Grenzdienststellen der Vertragsparteien arbeiten bei der Grenzabfertigung gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Sie übermitteln einander auch personenbezogene Daten, die für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlich sind.

przypadkach funkcjonariuszom Państwa przyjazdu wolno dokonać zatrzymania lub zajęcia towarów dopiero po zakończeniu odprawy granicznej przez funkcjonariuszy Państwa wyjazdu. Jeśli chcą oni zastosować taki środek, doprowadzają osoby i dostarczają towary łącznie ze środkami transportu oraz wartości podlegające przepisom dewizowym funkcjonariuszom Państwa wyjazdu w przypadku, gdy odprawa graniczna Państwa wyjazdu takich osób i towarów nie jest jeszcze zakończona. W razie gdy funkcjonariusze Państwa wyjazdu chcą ze swej strony dokonać zatrzymania lub zajęcia przysługuje im pierwszeństwo bez uszczerbku dla artykułu 5.

5. Kwoty pieniężne pobrane przy odprawie granicznej przez funkcjonariuszy Państwa sąsiedniego w Państwie zwierzchnim lub urzędowo tam przez nich wwieszone oraz zajęte lub skonfiskowane towary łącznie ze środkami transportu oraz wartości podlegające przepisom dewizowym mogą być przekazywane do Państwa sąsiedniego.

Artykuł 5

1. Do określonych w artykule 3 ustęp 2 uprawnień należy również prawo do zatrzymania, prewencyjnego zatrzymania i odesłania. Funkcjonariusze Państwa sąsiedniego nie są jednakże uprawnieni do zatrzymywania obywateli Państwa zwierzchniego na jego terytorium, prewencyjnego zatrzymania, przetrzymywania ich w areszcie oraz przekazywania do Państwa sąsiedniego. Wolno im natomiast doprowadzić te osoby do własnej wysuniętej służbowej placówki granicznej, albo jeśli taka nie istnieje, do placówki granicznej Państwa zwierzchniego w celu pisemnego sporządzenia protokołu o stanie sprawy.

2. Przy stosowaniu środków określonych w ustępie 1 konieczne jest niezwłoczne przywołanie funkcjonariusza Państwa zwierzchniego.

3. Prawo azylu Państwa zwierzchniego pozostaje nienaruszone.

Artykuł 6

1. Na drogach wyznaczonych dla ruchu osobowego i towarowego, prowadzących od granicy państwowej do znajdujących się w Państwie zwierzchnim wysuniętych służbowych placówek granicznych Państwa sąsiedniego obowiązują przepisy o odprawie granicznej obydwu Państw, przy czym przepisy Państwa wyjazdu stosuje się przed przepisami Państwa przyjazdu.

2. Przestrzeganie przepisów obydwu Państw nadzorują właściwe placówki graniczne Państwa zwierzchniego. W przypadku naruszenia tych przepisów, nie naruszając postanowień artykułu 5, zatrzymane osoby i zabezpieczone towary, łącznie ze środkami transportu oraz wartości podlegające przepisom dewizowym przekazuje się najpierw placówkom granicznym Państwa wyjazdu, w celu przeprowadzenia odprawy granicznej.

Artykuł 7

1. Osobom, którym funkcjonariusze Państwa przyjazdu nie zezwolą na przekroczenie granicy nie wolno zabronić powrotu do Państwa wyjazdu; w razie potrzeby mogą one zostać przymusowo odesłane z powrotem przez funkcjonariuszy Państwa przyjazdu.

2. Uregulowania zawarte w ustępie 1 stosuje się odpowiednio do towarów łącznie ze środkami transportu oraz wartości podlegających przepisom dewizowym.

Artykuł 8

1. Właściwe służbowe placówki graniczne Umawiających się Stron współdziałają przy dokonywaniu odprawy granicznej i udzielają sobie wzajemnej pomocy stosownie do uregulowań zawartych w niniejszej Umowie. Przekazują sobie również dane identyfikacyjne – osobowe, niezbędne dla dokonania odprawy granicznej.

(2) Umfang und Grundsätze der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung nach Absatz 1 können von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien in Vereinbarungen festgelegt werden.

(3) Die Übermittlung von personenbezogenen Daten aufgrund dieses Abkommens erfolgt nach Maßgabe des nationalen Rechts. Diese Übermittlung unterliegt den in der Anlage zu diesem Abkommen aufgeführten Regelungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 9

Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen sich auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises zu der Grenzdienststelle im Gebietsstaat begeben, bei der sie ihre dienstliche Tätigkeit durchzuführen haben.

Artikel 10

Die Bediensteten des Nachbarstaats, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat auszuüben haben, können bei Ausübung des Dienstes ihre Dienstkleidung und ihre Dienstwaffe tragen sowie Diensthunde mitführen. Von der Waffe dürfen sie im Gebietsstaat nur im Fall der Notwehr Gebrauch machen.

Artikel 11

Die strafrechtlichen Bestimmungen des Gebietsstaats zum Schutz seiner Bediensteten und der von ihnen vorgenommenen Amtshandlungen gelten auch für strafbare Handlungen gegen die Bediensteten des Nachbarstaats in Ausübung des Dienstes im Gebietsstaat oder in Beziehung auf diesen Dienst.

Artikel 12

(1) Die im Gebietsstaat tätigen Bediensteten des Nachbarstaats unterstehen mit den in diesem Abkommen vorgesehenen Einschränkungen und unbeschadet der Bestimmungen des internationalen Privatrechts den Rechtsvorschriften des Gebietsstaats.

(2) Von strafbaren Handlungen, die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat begangen werden, ist die vorge setzte Dienststelle der Bediensteten durch die entsprechende Dienststelle des Gebietsstaats unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 13

(1) Amtshaftungsansprüche wegen Schäden, die Bedienstete des Nachbarstaats in Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat verursachen, unterstehen dem Recht des Nachbarstaats und sind vor dessen Gerichten geltend zu machen. Die Angehörigen des Gebietsstaats sind hinsichtlich solcher Ansprüche den Angehörigen des Nachbarstaats gleichgestellt.

(2) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaats im Gebietsstaat während der Ausübung seines Dienstes getötet oder verletzt oder wird eine Sache, die sich in seinem Besitz befindet, bei der Ausübung seines Dienstes im Gebietsstaat vernichtet oder beschädigt, so sind die Ansprüche auf Ersatz dieser Schäden nach dem Recht des Nachbarstaats zu beurteilen.

(3) Zur Entscheidung über Schadenersatzansprüche nach Absatz 2 sind die Gerichte jener Vertragspartei zuständig, auf deren Hoheitsgebiet die schädigende Handlung begangen wurde oder in dem der Schädiger seinen ständigen Aufenthalt hat. Zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen ständigen Aufenthalt hat.

Artikel 14

(1) Alle zum dienstlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, welche die im Gebietsstaat tätigen Bediensteten des Nachbarstaats ein- oder ausführen, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Abgaben.

2. Zakres i zasady współdziałania i udzielania sobie pomocy stosownie do ustępu 1 mogą być określone w drodze porozumienia między właściwymi organami Umawiających się Stron.

3. Przekazywanie danych identyfikacyjno – osobowych stosownie do niniejszej Umowy odbywa się zgodnie z przepisami wewnętrznymi; przekazanie to podlega uregulowaniom zawartym w załączniku z uwzględnieniem przepisów prawnych obowiązujących każdą ze Stron.

Artykuł 9

Funkcjonariusze Państwa sąsiedniego mogą, na podstawie legitymacji służbowej zaopatrzonej w zdjęcie, udawać się do służbowej placówki w Państwie zwierzchnim, w której wykonują swoje czynności służbowe.

Artykuł 10

Funkcjonariusze Państwa sąsiedniego, którzy stosownie do niniejszej Umowy pełnią służbę w Państwie zwierzchnim, mogą przy pełnieniu służby nosić ubranie służbowe i broń służbową, jak również prowadzić psy służbowe. Użycie przez nich broni w Państwie zwierzchnim może nastąpić jedynie w przypadku obrony koniecznej.

Artykuł 11

Przepisy karne Państwa zwierzchniego chroniące jego funkcjonariuszy i wykonywane przez nich czynności służbowe stosuje się również w stosunku do czynów karalnych skierowanych przeciwko funkcjonariuszom Państwa sąsiedniego podczas pełnienia przez nich służby w Państwie zwierzchnim lub w związku z tą służbą.

Artykuł 12

1. Parcjujący w Państwie zwierzchnim funkcjonariusze Państwa sąsiedniego podlegają przepisom prawnym Państwa sąsiedniego, z uwzględnieniem przewidzianych w niniejszej Umowie ograniczeń i bez naruszenia przepisów międzynarodowego prawa prywatnego.

2. W razie popełnienia czynów karalnych w Państwie zwierzchnim przez funkcjonariuszy Państwa sąsiedniego, właściwa placówka służbowa Państwa zwierzchniego powiadamia niezwłocznie placówkę sprawującą nadzór służbowy nad tym funkcjonariuszem.

Artykuł 13

1. Dochodzenie roszczeń z tytułu odpowiedzialności służbowej za szkody wyrządzone przez funkcjonariuszy Państwa sąsiedniego podczas pełnienia służby w Państwie zwierzchnim, podlega przepisom prawnym Państwa sąsiedniego i odbywa się przed jego sądami. Obywatele Państwa zwierzchniego są traktowani w zakresie tych roszczeń na równi z obywatelami Państwa sąsiedniego.

2. W razie zabójstwa lub uszkodzenia ciała funkcjonariusza Państwa sąsiedniego jak również zniszczenia bądź uszkodzenia rzeczy będących w jego posiadaniu – w czasie pełnienia przez niego służby w Państwie zwierzchnim – roszczenia o odszkodowanie za wyrządzone szkody podlegają przepisom prawnym Państwa sąsiedniego.

3. Do wyrokowania w sprawach o odszkodowania z tytułu roszczeń za wyrządzone szkody określone w ustępie 2 właściwe są sądy tej z Umawiających się Stron, na terytorium której miało miejsce działanie, z którego szkoda wynika lub gdzie sprawca ma miejsce stałego pobytu. Właściwym jest także sąd, w okręgu którego powód ma miejsce stałego pobytu.

Artykuł 14

1. Wszystkie przedmioty przeznaczone do użytku służbowego, które pracujący w Państwie zwierzchnim funkcjonariusze Państwa sąsiedniego wwożą lub wywożą, są wolne od cel i innych opłat.

(2) Frei von Zöllen und sonstigen Abgaben bleiben auch die Gegenstände des persönlichen Bedarfs einschließlich der Lebensmittel, welche die Bediensteten auf dem Wege zum oder vom Dienst mit sich führen und während ihres dienstlichen Aufenthalts im Gebietsstaat benötigen.

(3) Dienstfahrzeuge und eigene Fahrzeuge, mit denen Bedienstete des Nachbarstaats zur Ausübung ihres Dienstes in den Gebietsstaat fahren und in den Nachbarstaat zurückkehren, bleiben unter entsprechenden Kontrollmaßnahmen frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Die Leistung einer Sicherheit entfällt.

(4) Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf die in den Absätzen 1 bis 3 angeführten Gegenstände und Fahrzeuge keine Anwendung.

Artikel 15

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaats, die auf Grund dieses Abkommens regelmäßig im Gebietsstaat beschäftigt werden, sind den entsprechenden Dienststellen des Gebietsstaats schriftlich unter Angabe des Geburtsdatums und des Dienstgrads zu benennen.

(2) Jede Vertragspartei wird ihre Bediensteten auf begründetes Verlangen der anderen Vertragspartei von der Verwendung in deren Hoheitsgebiet ausschließen oder abberufen.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien erteilen ihren vorgeschobenen Grenzdienststellen alle notwendigen Befugnisse zur Grenzabfertigung, die sich aus den Bedürfnissen des grenzüberschreitenden Verkehrs ergeben.

(2) Die Abfertigungsbefugnisse und die Öffnungszeiten der beiderseitigen Grenzdienststellen sind möglichst übereinstimmend festzusetzen.

Artikel 17

Die Diensträume der vorgeschobenen Grenzdienststellen sind durch Amtsschilder und Hoheitszeichen des Nachbarstaats kenntlich zu machen. Die Aufschriften an den Diensträumen des Nachbarstaats sind in deutscher und polnischer Sprache anzubringen.

Artikel 18

(1) Die vorgeschobenen Grenzdienststellen haben innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch zugewiesenen Räumlichkeiten das Recht, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Personen, die gegen die Ordnung verstoßen, zu entfernen. Dabei leisten die zuständigen Dienststellen und Bediensteten des Gebietsstaats auf Ersuchen Beistand.

(2) Dienstliches Schriftgut des Nachbarstaats unterliegt nicht der Kontrolle des Gebietsstaats.

Artikel 19

Die zum dienstlichen Gebrauch der vorgeschobenen Grenzdienststellen bestimmten Gegenstände bleiben im Ein- und Ausgang frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf diese Gegenstände keine Anwendung.

Artikel 20

(1) Dienstbriefe und Dienstpakete sowie dienstliche Geld- und Wertsendungen, die für vorgeschobene Grenzdienststellen bestimmt sind oder von diesen in den Nachbarstaat gesandt werden, dürfen durch Bedienstete des Nachbarstaats ohne Vermittlung der Postverwaltung und frei von Postgebühren befördert werden.

(2) Diese Sendungen unterliegen der Zoll- und Devisenkontrolle nur bei Verdacht einer strafbaren Handlung. Bei dieser Kontrolle ist ein Bediensteter des Nachbarstaats hinzuzuziehen.

2. Zwollnione od cła i innych opłat są także przedmioty osobistego użytku wraz z produktami spożywczymi, które funkcjonariusze zabierają ze sobą w drogę na służbę i ze służby i potrzebne im podczas ich służbowego pobytu w Państwie zwierzchnim.

3. Pojazdy służbowe i pojazdy własne, którymi funkcjonariusze Państwa sąsiedniego wjeżdżają do Państwa zwierzchniego w celu pełnienia służby i wracają do Państwa sąsiedniego zwolnione są, przy zachowaniu odpowiednich środków kontrolnych od cel i innych opłat. Nie składa się zabezpieczenia.

4. Zakazów i ograniczeń w przywozie i wywozie nie stosuje się wobec przedmiotów i pojazdów wymienionych w ustępach 1-3.

Artykuł 15

1. Odpowiedniej placówce Państwa zwierzchniego przekazuje się pisemny wykaz funkcjonariuszy Państwa sąsiedniego, którzy na podstawie niniejszej Umowy będą regularnie pracować w Państwie zwierzchnim, wraz z podaniem ich dat urodzenia i stopni służbowych.

2. Każda Umawiająca się Strona usunie lub odwoła swoich funkcjonariuszy z pełnienia służby na obszarze drugiej Umawiającej się Strony, na jej uzasadnione żądanie.

Artykuł 16

1. Umawiające się Strony udziela swoim wysuniętym służbowym placówkom granicznym wszystkich niezbędnych uprawnień do dokonywania odpraw granicznych, wynikających z potrzeb ruchu granicznego.

2. Uprawnienia do dokonywania odpraw granicznych i czas pracy dla służbowych placówek granicznych obu Stron ustala się w miarę możliwości tak aby sobie odpowiadały.

Artykuł 17

Pomieszczenia służbowe wysuniętych placówek granicznych oznacza się tablicami urzędowymi i symbolami suwerenności Państwa sąsiedniego. Napisy na pomieszczeniach służbowych Państwa sąsiedniego należy umieszczać w językach niemieckim i polskim.

Artykuł 18

1. Wysunięte służbowe placówki graniczne mają prawo do utrzymywania porządku w przydzielonych im do wyłącznego użytku pomieszczeniach i usuwania osób, które przeciwko temu porządkowi wykroczą. Właściwe placówki i funkcjonariusze Państwa zwierzchniego, na wniosek, udzielają im przy tym pomocy.

2. Dokumenty służbowe Państwa sąsiedniego nie podlegają kontroli Państwa zwierzchniego.

Artykuł 19

Przedmioty służące do użytku służbowego w wysuniętych służbowych placówkach granicznych zwolnione są w przywozie i wywozie od cel i innych opłat. Nie stosuje się w stosunku do tych przedmiotów zakazów i ograniczeń obowiązujących w przywozie i wywozie.

Artykuł 20

1. Funkcjonariuszom Państwa sąsiedniego wolno przewozić, bez pośrednictwa administracji pocztowej i uiszczania opłat pocztowych służbową korespondencję, paczki, pieniądze i przesyłki wartościowe przeznaczone dla wysuniętych placówek granicznych lub wysłane przez nie do Państwa sąsiedniego.

2. Przesyłki te podlegają kontroli celnej i dewizowej tylko w przypadkach podejrzenia popełnienia czynu karalnego. Do takiej kontroli należy włączyć funkcjonariusza Państwa sąsiedniego.

(3) Diese Sendungen sollen zur Vermeidung von Mißbräuchen mit dem Dienststempel der absendenden Dienststelle versehen sein.

Artikel 21

(1) Der Gebietsstaat bewilligt gebührenfrei die Errichtung und den Betrieb der ausschließlich für die Tätigkeiten der vorgeschobenen Grenzdienststellen und für die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt erforderlichen Fernmeldeanlagen und elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen des Nachbarstaats, vorbehaltlich der Erstattung etwaiger Kosten für Errichtung und Benutzung. Der Betrieb dieser Anlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaats.

(2) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien stimmen die gemäß Absatz 1 erforderlichen Maßnahmen miteinander ab.

Artikel 22

(1) Grenzspediteure/Zollagenturen des Nachbarstaats dürfen bei den vorgeschobenen Grenzdienststellen des Nachbarstaats im Gebietsstaat alle die Grenzabfertigung betreffenden Tätigkeiten ausüben, die sie im Nachbarstaat auszuüben berechtigt sind. Die Ausübung dieser Tätigkeiten unterliegt den Rechtsvorschriften des Nachbarstaats. Die Grenzspediteure/Zollagenturen des Nachbarstaats und ihr Personal sind von dem Erfordernis einer zusätzlichen Gewerbe- und Arbeitserlaubnis des Gebietsstaats befreit.

(2) Die Tätigkeiten von Grenzspediteuren/Zollagenturen des Nachbarstaats bei Grenzdienststellen des Gebietsstaats unterliegen den gesetzlichen Regelungen des Gebietsstaats.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können die organisatorisch-technischen Bedingungen für die Ausübung der Tätigkeiten durch die Grenzspediteure/Zollagenturen im Gebietsstaat unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in den Vereinbarungen über die Durchführung der Grenzabfertigung einer Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei regeln.

(4) Die zuständigen Behörden des Gebietsstaats entscheiden in Abstimmung mit den zuständigen Behörden des Nachbarstaats, in welchen Fällen und in welchem Umfang diesen Grenzspediteuren/Zollagenturen Büroräume oder Grundstücke zur Errichtung von Bürogebäuden bei den einzelnen Dienststellen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

(5) Für den Grenzübergang und den Aufenthalt der in den vorstehenden Absätzen genannten Personen im Gebietsstaat gelten dessen allgemeine Bestimmungen, wobei die Angehörigen der Vertragsparteien von der Visumpflicht befreit sind.

Artikel 23

(1) Die zuständigen Behörden bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen

- a) die für die Grenzdienststellen des Nachbarstaats benötigten Diensträume und Anlagen;
- b) die damit verbundenen anteiligen Baukosten oder die Miete sowie die Vergütungen für Beleuchtung, Heizung, Reinigung usw.;
- c) die Abteile und Einrichtungen, die den Bediensteten bereitzustellen sind, welche die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt durchführen.

(2) Soweit die Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaats für die Bediensteten der Grenzdienststellen Räume und Unterkünfte bereitzustellen und sonstige Leistungen zu bewirken hat, ist die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaats verpflichtet, einem entsprechenden Ersuchen der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaats gegen Vergütung der Kosten nachzukommen.

3. W celu uniknięcia nadużyć przesyłki powinny być zaopatrzone w pieczęć służbową wysyłającej placówki służbowej.

Artykuł 21

1. Państwo zwierzchnie zezwoli na założenie i korzystanie bez opłat z urządzeń łącznościowych i urządzeń do elektronicznego przetwarzania danych potrzebnych wyłączenie do działalności wysuniętych placówek granicznych i do dokonywania odpraw granicznych w środkach komunikacji podczas jazdy, jak również przyłączenie ich do odpowiednich urządzeń Państwa sąsiedniego, z zastrzeżeniem zwrotu ewentualnych kosztów za założenie i eksploatację. Korzystanie z tych urządzeń traktuje się jako wewnętrzną komunikację Państwa sąsiedniego.

2. Właściwe organy Umawiających się Stron uzgodnią niezbędne przedsięwzięcia związane z ustępem 1.

Artykuł 22

1. Agencje celne/spedytorzy graniczni Państwa sąsiedniego mogą w wysuniętej służbowej placówce granicznej Państwa sąsiedniego na terytorium Państwa zwierzchniego wykonywać wszelkie czynności związane z odprawą graniczną, do wykonywania których są oni uprawnieni w Państwie sąsiednim. Wykonywanie tych czynności podlega przepisom prawnym Państwa sąsiedniego. Agencje celne/spedytorzy graniczni Państwa sąsiedniego oraz ich personel są zwolnieni od wymogu posiadania dodatkowego zezwolenia Państwa zwierzchniego na prowadzenie działalności gospodarczej oraz zezwolenia na pracę.

2. Czynności agencji celnych/spedytorów granicznych Państwa sąsiedniego przy służbowych placówkach Państwa zwierzchniego podlegają przepisom prawnym Państwa zwierzchniego.

3. Właściwe organy Umawiających się Stron mogą ustalać – w drodze porozumień dotyczących wykonywania odprawy granicznej jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony – warunki organizacyjno – techniczne wykonywania czynności przez agencje celne/spedytorów granicznych w Państwie zwierzchnim z uwzględnieniem miejscowych warunków.

4. Właściwe organy Państwa zwierzchniego decydują w porozumieniu z właściwymi organami Państwa sąsiedniego w jakich przypadkach i w jakim zakresie agencjom celnym/spedytorom granicznym udostępnia się, za opłatą, pomieszczenia biurowe lub place w celu budowy budynków biurowych przy poszczególnych granicznych placówkach służbowych.

5. Przekraczanie granicy przez osoby wymienione w powyższych ustępach i ich pobyt w Państwie zwierzchnim regulowane są przez ogólne postanowienia tego Państwa z tym, że obywatele Umawiających się Stron zwolnieni są z obowiązku wizowego.

Artykuł 23

1. Właściwe organy ustalą w drodze porozumienia:

- a/ niezbędne pomieszczenia służbowe i urządzenia dla granicznych placówek służbowych Państwa sąsiedniego,
- b/ związany z tym udział w kosztach budowy albo czynsz, a także opłaty za oświetlenie, ogrzewanie, sprząatanie itp.,
- c/ przedziały i urządzenia udostępniane funkcjonariuszom dokonującym odprawy granicznej podczas jazdy środka komunikacji.

2. Jeżeli administracja kolejowa Państwa sąsiedniego zapewnia pomieszczenia służbowe dla granicznych placówek służbowych, zakwaterowanie dla funkcjonariuszy oraz inne świadczenia, administracja kolejowa Państwa zwierzchniego zobowiązana jest do spełnienia, za zwrotem kosztów, odpowiednich próśb administracji kolejowej Państwa sąsiedniego.

(3) Die Eisenbahnen und die Schiffsverkehrsunternehmen haben die Bediensteten des Nachbarstaats, die die Grenzabfertigung während der Fahrt durchzuführen haben, unentgeltlich zu befördern und ihnen die erforderlichen Zugabteile oder Schiffskabinen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Artikel 24

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gelöst werden. Der diplomatische Weg ist nicht ausgeschlossen.

Artikel 25

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können im Rahmen dieses Abkommens die zu seiner Durchführung erforderlichen Maßnahmen unmittelbar abstimmen.

Artikel 26

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann jederzeit auf diplomatischem Weg durch Note gekündigt werden. In diesem Fall tritt es sechs Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

Geschehen zu Warschau am 29. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

3. KOLEJE I PRZEDSIĘBIORSTWA ŻEGLUGOWE zapewnią bezpłatnie przejazdy, przedziały w pociągach oraz kabiny na statkach potrzebne funkcjonariuszom Państwa sąsiedniego dokonującym odprawy granicznej podczas jazdy.

Artykuł 24

Różnice zdań w wykładni lub stosowaniu niniejszej Umowy powinny być usuwane przez właściwe organy Umawiających się Stron. Nie wyłącza to drogi dyplomatycznej.

Artykuł 25

Właściwe organy Umawiających się Stron mogą w ramach niniejszej Umowy uzgadniać bezpośrednio ze sobą przedsięwzięcia potrzebne do jej realizacji.

Artykuł 26

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi możliwie jak najszybciej w Bonn.

2. Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie miesiąca od dnia, w którym Umawiające się Strony dokonały wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

3. Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona w każdym czasie wypowiedziana w drodze dyplomatycznej poprzez notyfikację. W takim przypadku traci moc po upływie sześciu miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Umowę niniejszą sporządzono w Warszawie dnia 29 lipca 1992 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republik Federalnej Niemiec
Kinkel

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Krzysztof Skubiszewski

Anlage

Zusatz

**Regelungen,
die für die Vertragsparteien
bei der Übermittlung von personenbezogenen Daten gelten**

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Vertragspartei vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf deren Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Grenzdienststellen sowie an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Auskünfte werden jedoch nicht erteilt, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist.
7. Die übermittelnde Vertragspartei weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Lösungsfristen hin.
8. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, gegen Änderungen ohne Zustimmung der übermittelnden Partei und gegen unbefugte Weitergabe zu schützen.

**Unormowania
obowiązujące Umawiające się Strony
przy przekazywaniu danych identyfikacyjno-osobowych**

1. Odbiorca może wykorzystywać dane tylko do wskazanego celu i na warunkach określonych przez Umawiającą się Stronę przekazującą dane.
2. Odbiorca informuje Umawiającą się Stronę przekazującą dane na jej wniosek o wykorzystaniu przekazanych danych i osiągniętych dzięki temu wynikach.
3. Dane identyfikacyjno-osobowe mogą być przekazywane wyłącznie właściwym granicznym placówkom służbowym, jak również organom ścigania. Dalsze przekazywanie danych może nastąpić tylko za zgodą urzędu, który dane przekazał.
4. Umawiająca się Strona przekazująca dane zobowiązana jest zwracać uwagę na ich prawidłowość, przekazywać je w niezbędnym zakresie oraz proporcjonalnym stosunku do celu, dla którego są one przekazywane. Należy przy tym uwzględnić zakaz przekazywania danych zgodnie z obowiązującym prawem narodowym. Jeśli okaże się, że przekazano nieprawidłowe dane identyfikacyjno-osobowe lub dane, których nie wolno było przekazać, należy o tym niezwłocznie poinformować odbiorcę. Jest on zobowiązany do skorygowania lub zniszczenia danych.
5. Osobie zainteresowanej, na jej wniosek, należy udzielić informacji o danych jej dotyczących, jak również o zamierzonym celu ich użycia. Informacji takiej nie udziela się jednak, jeżeli okaże się, że interes publiczny przemawiający za jej nieudzieleniem przeważa nad interesem osoby zainteresowanej. Poza tym osoba zainteresowana ma prawo uzyskać posiadane dane jej dotyczące zgodnie z prawem tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji.
6. Jeżeli ktoś poniósł szkodę na skutek niezgodnego z prawem działania dokonanego w ramach wymiany danych dokonanej na podstawie niniejszej Umowy, odpowiedzialność ponosi strona, która dane otrzymała, zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym. Strona ta nie może w celu odciążenia siebie powoływać się wobec osoby poszkodowanej na to, że szkoda spowodowana została przez stronę przekazującą dane.
7. Umawiająca się Strona przekazująca dane wskazuje przy przekazywaniu danych na termin wymazania danych zgodnie z jej prawem.
8. Umawiające się Strony zobowiązane są do odnotowywania w aktach faktu przekazania i otrzymania danych identyfikacyjno-osobowych.
9. Umawiające się Strony są zobowiązane skutecznie chronić przekazane dane identyfikacyjno-osobowe przed dostępem do nich osób nieuprawnionych, zmianami bez upoważnienia Strony przekazującej i udostępnianiem osobom niepowołanym.

Denkschrift zu dem Abkommen

I. Allgemeines

Das am 29. Juli 1992 in Warschau unterzeichnete Abkommen soll den Übergang über die deutsch-polnische Grenze erleichtern und beschleunigen. Zu diesem Zweck sieht es vor, daß Grenzdienststellen der einen Vertragspartei oder deren Bedienstete die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vornehmen können mit dem Ziel, die Grenzabfertigung zusammenzulegen.

Gleichartige Abkommen wurden mit Österreich (BGBl. 1957 II S. 581, 1979 II S. 110), Belgien (BGBl. 1958 II S. 190), Frankreich (BGBl. 1960 II S. 1533), den Niederlanden (BGBl. 1960 II S. 2181), der Schweiz (BGBl. 1962 II S. 877, 1991 II S. 291), Luxemburg (BGBl. 1963 II S. 141) und Dänemark (BGBl. 1967 II S. 1521) abgeschlossen.

Das Abkommen ist ein Rahmenvertrag. In dem Abkommen werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien ermächtigt, durch Vereinbarungen die Zonen zu bestimmen, in denen die Bediensteten der einen Vertragspartei die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorzunehmen berechtigt sind. Sie können die Strecken für die Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen bestimmen sowie die Errichtung vorgeschobener Grenzdienststellen der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vereinbaren.

II. Besonderes

Zu den Artikeln 1 bis 8

Diese Artikel beinhalten im wesentlichen allgemeine Bestimmungen über die Grenzabfertigung, so die Definition der verwendeten Begriffe (Artikel 1), die Zusammenlegung der Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei (Artikel 2), die hierbei anzuwendenden Vorschriften (Artikel 3 Abs. 1), die Befugnisse der Grenzbediensteten (Artikel 3 Abs. 2 und Artikel 5), die Reihenfolge bei der Abfertigung (Artikel 4) und die gegenseitige Unterstützung der Grenzdienststellen der Vertragsparteien sowie die Übermittlung der für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen personenbezogenen Daten (Artikel 8 in Verbindung mit der Anlage zu dem Abkommen).

Die Grenzabfertigung im Sinne dieses Abkommens umfaßt alle Maßnahmen, die in den Vorschriften der Vertragsparteien für den Grenzübertritt von Personen und die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren vorgesehen sind. Darunter fallen insbesondere die Zoll- und Außenwirtschaftsabfertigung, die Paßnachschau sowie die Überwachung der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote oder -beschränkungen zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen.

Die Zusammenlegung der Grenzabfertigung setzt voraus, daß die Grenzabfertigungsorgane des einen Staates (Nachbarstaat) auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates (Gebietsstaat) tätig werden können. Aufgrund des Abkommens dürfen deshalb die Bediensteten des Nachbarstaates alle Vorschriften ihres Staates über die Grenzabfertigung und die sich aus diesen ergebenden Befugnisse

im Gebietsstaat anwenden (Artikel 3 Abs. 2). Zu diesen Befugnissen gehört auch das Recht der Festnahme, Ingehaltsnahme und Zurückweisung (Artikel 5 Abs. 1). Die Vertragsparteien haben sich während der Verhandlungen zu dem Abkommen über die Eingriffsbefugnisse ihrer Bediensteten und über den dagegen gewährten Rechtsschutz unterrichtet. Dieser Ausdehnung des hoheitlichen Bereichs des Nachbarstaates entspricht jeweils die Verpflichtung des Gebietsstaates, die danach zulässigen Einwirkungen des Nachbarstaates zu dulden. Die Anwendung des Rechts des Nachbarstaates beschränkt sich auf das zur Wahrnehmung der Grenzabfertigungsfunktion erforderliche Maß. Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaates (Artikel 3 Abs. 1).

Um zu vermeiden, daß sich die dienstlichen Verrichtungen der beiderseitigen Grenzabfertigungsorgane überschneiden, ist die Reihenfolge ihrer Amtshandlungen festgelegt (Artikel 4). In Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des Abkommens ist schließlich bestimmt, daß die zuständigen Grenzdienststellen der Vertragsparteien nach Maßgabe des Abkommens zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Dabei übermitteln sie einander auch personenbezogene Daten, soweit diese für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlich sind (Artikel 8). In einer Anlage, die Bestandteil des Abkommens ist, wurden ins einzelne gehende Regelungen zum Schutz der zu übermittelnden Daten entsprechend den Grundsätzen des Übereinkommens des Europarates für den Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten vom 28. Januar 1981 aufgenommen. Polen ist seit dem 26. November 1991 Mitglied des Europarates, hat allerdings das erwähnte Übereinkommen noch nicht gezeichnet.

Zu den Artikeln 9 bis 15

Diese Bestimmungen regeln die Rechtsstellung der Bediensteten des Nachbarstaates. Den Bediensteten werden besondere Erleichterungen für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Gebietsstaat (Artikel 9 und 15) sowie für die Mitnahme der zum dienstlichen und persönlichen Gebrauch bestimmten Waren gewährt (Artikel 14). Sie dürfen bei Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat Dienstkleidung und Dienstwaffen tragen sowie Diensthunde mitführen (Artikel 10). Um den Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat eine ungestörte Dienstaussübung zu ermöglichen, ist sichergestellt, daß sie dort den gleichen strafrechtlichen Schutz wie die eigenen Bediensteten dieses Staates genießen (Artikel 11). Auch für Schadensersatzansprüche des Bediensteten in Zusammenhang mit seinem Dienst sowie für Amtshaftungsansprüche gilt das Recht des Staates, dem der Bedienstete angehört (Artikel 13).

Zu den Artikeln 16 bis 21

In diesen Artikeln ist die Rechtsstellung der vorgeschobenen Grenzdienststellen des Nachbarstaates geregelt. Um eine reibungslose Grenzabfertigung zu gewährleisten, ist vorgesehen, daß die zusammengelegten Grenzdienststellen ihre Abfertigungsbefugnisse und Öffnungszeiten übereinstimmend festsetzen (Artikel 16). Die Grenzdienststel-

len des Nachbarstaates sind berechtigt, ihre Diensträume durch Amtsschilder und Hoheitszeichen kenntlich zu machen (Artikel 17). Innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch überlassenen Räume üben sie das Hausrecht aus (Artikel 18). Die für ihren Dienstgebrauch bestimmten Waren sind von allen Ein- und Ausfuhrabgaben des Gebietsstaates befreit; Ein- und Ausfuhrverbote sowie -beschränkungen finden auf diese Gegenstände keine Anwendung (Artikel 19). Besondere Erleichterungen werden den Grenzdienststellen des Nachbarstaates bei der Beförderung von Dienstpost in das eigene Staatsgebiet (Artikel 20) und für die Nachrichtenübermittlung (Artikel 21) eingeräumt.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Rechtsstellung der Grenzspediteure/Zollagenturen des Nachbarstaates. Er soll sicherstellen, daß die Grenzspediteure/Zollagenturen des Nachbarstaates bei dessen vorgeschobenen Grenzdienststellen ihre Tätigkeiten in gleicher Weise wie im Nachbarstaat

und nach seinen Rechtsvorschriften ausüben können, ohne daß sie und ihr Personal dafür einer zusätzlichen Gewerbe- und Arbeitserlaubnis des Gebietsstaates bedürfen.

Zu Artikel 23

In diesem Artikel ist die gegenseitige Bereitstellung von Diensträumen und Anlagen einschließlich der damit verbundenen anteiligen Baukosten oder Miete für die Grenzdienststellen sowie von Zugabteilen oder Schiffskabinen für die Bediensteten geregelt, die die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt durchführen.

Zu den Artikeln 24 bis 26

Diese Artikel enthalten die Schlußbestimmungen über die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten wegen der Auslegung des Abkommens (Artikel 24) und die üblichen Vorschriften über Ratifikation, Inkrafttreten, Kündigung und Außerkrafttreten des Abkommens.

18.06.93

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung

Der Bundesrat hat in seiner 658. Sitzung am 18. Juni 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.